

P R E S S E M I T T E I L U N G

Aktionstag Suchtberatung „Sucht geht uns alle an – Hilfe auch!“

Mainz. 13.11.2025 – Anlässlich des bundesweiten Aktionstags Suchtberatung macht die Landesstelle für Suchtfragen Rheinland-Pfalz auf die zentrale Bedeutung des Angebots der ambulanten Suchtberatung aufmerksam und appelliert an Land und Kommunen, für eine auskömmliche und verlässliche Finanzierung der Suchtberatungsstellen im Land zu sorgen.

Unverzichtbar für Gesundheit und Teilhabe: Suchtberatung ist Daseinsvorsorge

Suchtberatungsstellen sind für Ratsuchende meist die erste Anlaufstelle ins Hilfesystem und wurden in Rheinland-Pfalz allein im Jahr 2024 von über 15.000 Menschen aufgesucht. Die Beratung richtet sich nicht nur an Betroffene, sondern steht auch Angehörigen und allen weiteren Personen zur Verfügung, die mit der Thematik Konsum und Abhängigkeit konfrontiert sind. Suchtberatung rettet Leben und sichert gesellschaftliche Teilhabe – sie ist kein „nice to have“, sondern Teil der gesundheitlichen und sozialen Daseinsvorsorge. Nicht umsonst wurde sie in Zeiten der Pandemie als systemrelevant eingestuft.

Investition mit Mehrwert: Wie Suchtberatung 17 Euro gesellschaftliche Kosten pro investiertem Euro vermeidet

Eine Studie aus Bayern zur Wertschöpfung der ambulanten Suchtberatung¹ zeigt eindrucksvoll: Für jeden eingesetzten Euro konnten Folgekosten von etwa 17 Euro vermieden werden. Konkret bedeutet das, dass jede Investition in Suchtberatung sich nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch amortisiert – sie entlastet Gesundheits-, Arbeits- und Sozialsysteme nachhaltig. Durch frühzeitige Hilfen lassen sich hohe Folgekosten vermeiden – etwa für teure Akutbehandlungen sowie für Transferleistungen bei Arbeitslosigkeit oder suchterkrankungsbedingter Erwerbsunfähigkeit.

Dennoch sind viele ambulante Suchtberatungsstellen im Land akut gefährdet, da sie unter einer instabilen Mischfinanzierung arbeiten (Land, Kommunen & Eigenmittel). Eine Umfrage der deutschen Hauptstelle für Suchtfragen² führte zu dem alarmierenden Ergebnis, dass drei Viertel der öffentlich finanzierten Suchtberatungsstellen in Deutschland ihre jährlichen Kosten nicht decken konnten.

Finanzierungslage in Rheinland-Pfalz: Alarmstufe Rot

In Rheinland-Pfalz erreicht diese prekäre Finanzsituation fast jeden Träger: Steigende Personalkosten, Tarifierhöhungen, erhöhte Betriebskosten und zugleich stagnierende Fördermittel führen zu großen Belastungen. Die Landesstelle für Suchtfragen mahnt daher eindringlich: Wenn jetzt nicht gehandelt wird, drohen Leistungskürzungen, Einrichtungsschließungen und ein Rückbau der Angebotslandschaft für hilfesuchende Menschen.

1

¹ XIT GmbH (2022): Wertschöpfung der ambulanten Suchtberatung in Bayern – eine neue SROI-Studie: https://www.lgl.bayern.de/downloads/gesundheitsversorgung/doc/wertschoepfung_ambulante_suchtberatung_langfassung.pdf, Zugriff: 10.11.2025.

² Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) (2024): Finanzierung der Suchtberatungsstellen in Deutschland Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e. V. https://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/2024-09-26-Bericht_zur_Finanzierung_der_Suchtberatung_FINAL.pdf, Zugriff: 09.11.2025.

Forderungen der Landesstelle für Suchtfragen RLP

Damit Suchtberatung in Rheinland-Pfalz erhalten und zukunftsfähig bleibt, ruft die Landesstelle für Suchtfragen Rheinland-Pfalz Land und Kommunen zum Handeln auf und fordert:

- Die Suchtberatung als festen Bestandteil von Gesundheits- und Sozialplanung anzuerkennen und mit einer auskömmlichen Finanzierung auszustatten.
- Das Angebot gesetzlich zu verankern, sodass Suchtberatung Bestandteil der Pflicht- und Grundversorgung von rheinland-pfälzischen Bürger*innen wird.
- Die Qualität der Suchtberatung als zentralen Bestandteil des Suchthilfesystems zu stärken mit Mindeststandards für Personal- und Angebotsstruktur.

Trotz der angespannten finanziellen Lage von Kommunen, Ländern und Bund muss anerkannt werden, dass die rheinland-pfälzische Suchthilfe gestärkt werden muss. Einsparungen in diesem Bereich sind kurzsichtig: Sie führen langfristig zu deutlich höheren Folgekosten, einem Rückbau der Hilfsangebote und schmälern die Chancen für die Betroffenen und ihr Umfeld auf echte gesellschaftliche Teilhabe.

Für weitere Informationen und Presseanfragen wenden Sie sich bitte an:

LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz

Daniel Kieslinger, Geschäftsstelle der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz e.V.

Telefon: 0155 66779257

E-Mail: d.kieslinger@liga-rlp.de

Folgen Sie uns auf



Landesstelle für Suchtfragen Rheinland-Pfalz

Leonard Reiche, Referent der Landesstelle für Suchtfragen Rheinland-Pfalz

Telefon: 0155 62441237

E-Mail: l.reiche@liga-rlp.de

Webseite: <https://www.liga-rlp.de/landesstelle-fuer-suchtfragen-rheinland-pfalz/>

Zur LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Rheinland-Pfalz e.V.:

Die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz e.V. ist der Zusammenschluss der fünf Verbandsgruppen – Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, Deutsches Rotes Kreuz und der Paritätische – zu einem Spitzenverband auf Landesebene. Die Verbandsgruppen stellen gemeinsam über 10.000 soziale Einrichtungen und Dienste mit mehr als 175.000 Beschäftigten. Zusätzlich engagieren sich weit mehr als 40.000 Ehrenamtliche in den Wohlfahrtsverbänden in Rheinland-Pfalz. Die LIGA setzt sich für soziale Gerechtigkeit, Integration und den Schutz benachteiligter Menschen ein.

Zur Landesstelle für Suchtfragen Rheinland-Pfalz e.V.:

Die Landesstelle für Suchtfragen Rheinland-Pfalz ist vorrangig ein Zusammenschluss der in der Suchthilfe und Suchtprävention tätigen Verbände und Institutionen. Als Fachstelle versteht sich die Landesstelle im Wesentlichen als Impulsgeberin in den verschiedenen Arbeitsfeldern der Suchthilfe und Suchtprävention sowie in der Weiterentwicklung der fachlichen Qualität in diesen Bereichen.